

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Mittwoch, 31.08.2016

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 19:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Annette Schütze - SPD

Mitglieder

Herr Claas Merfort - CDU

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Herr Michael Ehbrecht - CDU

Frau Kate Grigat - SPD

Frau Friederike Harlfinger - CDU

Frau Annette Johannes – SPD

(ab 18:15 Uhr i. V. Frau Cornelia Seiffert)

Frau Jutta Plinke - B90/GRÜNE

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Frau Susanne Schmedt - B90/GRÜNE

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

Frau Claudia Jonda – Piratenpartei entschuldigt

Herr Michael Baumgart

Herr Dr. Burkhard Budde entschuldigt

Herr Arnim Graßhoff

Frau Christiane Jaschinski-Gaus

Frau Christine Wolnik

Herr Norbert Velten - Sprecher AGW

Herr Dr. Günter Weinhausen - Vorsitzende/r des Seniorenrates

Herr Kamphenkel – Stellv. Vorsitzender des Behindertenbeirates

entschuldigt

Verwaltung

Frau Dr. Andrea Hanke - Dezernentin V

Herr Martin Klockgether – FBL 50
Frau Claudia Barget – FB 50
Frau Dr. Brigitte Buhr-Riehm – FB 50
Frau Marion Becker – FB 50
Herr Thomas Tegtmeyer – FB 50
Herr Norbert Rüscher – FB 50
Herr Rainer Schubert – Ref. 0500
Herr Marcus Schumann – FB 50

Gäste

Herr Kai Florysiak – eHealth Metropolregion

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|---|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Anträge zur gemeinsamen Behandlung mit dem Planungs- und
Umweltausschuss | |
| 2.1 | Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes für bezahlba-
res Wohnen in Braunschweig | 16-02891 |
| 2.1.1 | Änderungsantrag zu: 16-02891 Erstellung eines kommunalen
Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen in Braunschweig | 16-02945 |
| 2.1.2 | Änderungsantrag zu 16-02891: Erstellung eines kommunalen
Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen in Braunschweig | 16-02972 |
| 2.1.3 | Änderungsantrag zur Vorlage 16-02891: Erstellung eines kommu-
nalen Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen in Braun-
schweig | 16-02977 |
| 2.2 | Wohnungsbausituation in Braunschweig | 16-02966 |
| 3 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.06.2016 | |
| 4 | Mitteilungen | |
| 4.1 | Sachstand der Initiative eHealth.Metropolregion | 16-02792 |
| 4.2 | Bericht über die Entwicklung der Unterbringung wohnungsloser
Personen im Jahr 2015 und im ersten Halbjahr 2016 | 16-02775 |
| 4.3 | Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe (ZSW)
Ausweitung des Probewohnens | 16-02897 |
| 5 | Braunschweig-Mobil-Ticket - Ausweitung der Nutzungszeit | 16-02952 |
| 5.1 | Änderungsantrag: Braunschweig-Mobil-Ticket - Ausweitung der | 16-02981 |

Nutzungszeit

6	Flüchtlingsangelegenheiten	
6.1	Bericht zum ehrenamtlichen Engagement für Flüchtlinge	
7	Inklusion - Sachstandsbericht	
8	Anträge	
8.1	Elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge	16-02208
8.2	Braunschweig Inklusiv: Einladungen barrierefrei, mit Bedarfsabfrage	16-02305
8.3	Regelmäßige Berichte über die Arbeit des Klinikums	16-02798
8.3.1	Änderungsantrag zur Vorlage 16-02798: Regelmäßiger Bericht über die allgemeine Gesundheitsversorgung der Braunschweigerinnen und Braunschweiger	16-02976
9	Anfragen	
9.1	Umsetzung Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen des Bundes	16-02832
9.1.1	Umsetzung Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen des Bundes	16-02832-01
9.2	Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe	16-02924
9.2.1	Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe	16-02924-01
9.3	Umzug des Ärztlichen Notdienstes	16-02930
9.4	Ärzteversorgung in den Stadtteilen	16-02931

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzenden Ratsherr Herlitschke und Ratsfrau Schütze eröffnen die gemeinsame Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses und des Ausschusses für Soziales und Gesundheit und stellen für beide Ausschüsse die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

2. Anträge zur gemeinsamen Behandlung mit dem Planungs- und Umweltausschuss

2.1.	Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen in Braunschweig	16-02891
------	---	----------

2.1.1. Änderungsantrag zu: 16-02891 Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen in Braunschweig	16-02945
2.1.2. Änderungsantrag zu 16-02891: Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen in Braunschweig	16-02972
2.1.3. Änderungsantrag zur Vorlage 16-02891: Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen in Braunschweig	16-02977
2.2. Wohnungsbausituation in Braunschweig	16-02966

Es wird vereinbart, den Antrag der CDU-Fraktion DS 16-02613 ebenfalls zu beraten, obwohl dieser nur zum Planungs- und Umweltausschuss gestellt sei. Die Abstimmung zu diesem Antrag erfolge nur durch die Mitglieder des Planungs- und Umweltausschusses.

Ratsfrau Palm bringt den gemeinsamen Antrag bzw. den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein und erklärt, dass dieser auf den Ergebnissen des Bündnisses für Wohnen basiere. Die wesentlichen Ziele des Antrages seien die Festlegung einer Quote in Höhe von 20 % des sozialgeförderten Wohnungsbaus für Neubauten, die Bestandssicherung durch Ankauf von Belegungsrechten sowie die Reaktivierung eines Anteils von Gebietsfreistellungen der Weststadt verteilt auf das übrige Stadtgebiet.

Ratsherr Herlitschke führt ergänzend aus, dass auf der Grundlage der Gewos-Studie im Jahr 2000 ca. 6800 gebundene Wohneinheiten vorhanden gewesen wären. Im Jahr 2016 habe sich die Zahl auf 4000 Wohneinheiten reduziert, bis 2023 seien nur noch 2300 Wohneinheiten prognostiziert. Da im Gegenzug für das Gebiet der Stadt Braunschweig ein Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen sei, müsse mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

Ratsherr Sommerfeld erklärt für die Fraktion DIE LINKE, dass der Änderungsantrag gestellt wurde, um durch die Vorgabe eines konkreten Zeitrahmens die schnelle Erstellung eines Gesamtkonzepts zu erwirken. Darüber hinaus sei das Ziel seiner Fraktion nicht nur den Bestand zu sichern, sondern mehr bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen. Des Weiteren solle die Stadt eine größere Steuerungsfunktion ermöglicht werden. Er bemängelt den kurzfristig eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion/Bündnis 90/DIE GRÜNEN und macht Beratungsbedarf geltend. Eine Reaktion auf den Antrag sei aufgrund der Kürze der Zeit nicht mehr möglich gewesen. Er schlägt vor, den Antrag passieren zu lassen.

Ratsherr Dr. Büchs legt dar, dass sich der Änderungsantrag seiner Fraktion auf den der Fraktion DIE LINKE beziehe. Die Fraktion BIBS spreche sich für eine Kapitalerhöhung der Nibelungen-Wohnbau-GmbH aus. Außerdem sollten Investoren zur Schaffung kommunaler Infrastruktur verpflichtet werden. Er hätte sich im Vorfeld der Anträge Gespräche unter den Fraktionen gewünscht, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen und meldet ebenfalls Beratungsbedarf an.

Ratsherr Manlik erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Er verdeutlicht, dass auch von Seiten der CDU-Fraktion der Bedarf an sozialen Wohnungsbau gesehen werde. Im Vergleich zu den übrigen Anträgen sei jedoch hervorzuheben, dass eine wichtige Grundlage für den Wohnungsbau zunächst die Erschließung von zusätzlichen Bauland sei. Auch Ratsherr Manlik regt eine Abstimmung unter den Fraktionen an und schließt sich dem Wunsch nach Beratungsbedarf an.

Ratsherr Hinrichs nimmt Bezug auf den Änderungsantrag DS 16-02977. Er befürwortet grundsätzlich die dargestellten Ziele, die Regelung zu Nr. 4 hinsichtlich der Einbindung privater Flächen müsse jedoch überarbeitet werden.

Stadtbaurat Leuer verdeutlicht, dass die Verwaltung die Ergebnisse des Bündnisses für Wohnen bei den Planungen umsetzen werde. Eine Quotenregelung bei privaten Investoren müsse jedoch im Zusammenhang mit einer Förderung betrachtet werden. Ein Handlungs-

konzept benötige einen gewissen Spielraum, um projektbezogen arbeiten zu können. .

Frau Dr. Hanke kündigt an, dass die Verwaltung zeitnah ein Konzept zur Zentralen Stelle für Wohnraumhilfe vorlegen werde.

Nach kontroverser Diskussion der verschiedenen Anträge beschließen beide Ausschüsse die Anträge passieren zu lassen.

Die Fortsetzung der Sitzung erfolgt nach einer Unterbrechung um 17:10 Uhr in getrennter Sitzung.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.06.2016

Die Niederschrift wird ohne weitere Anmerkungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

4. Mitteilungen

4.1. Sachstand der Initiative eHealth.Metropolregion

16-02792

Herr Schubert informiert stellvertretend für Herr Florysiak anhand der als Anlage 1 beigefügten Präsentation über den Sachstand der Initiative eHealth.Metropolregion.

Ratsfrau Schmedt kritisiert die Herangehensweise, die zu sehr auf wirtschaftlichen Gesichtspunkten basiert und den Menschen in den Hintergrund drängt.

Ratsherr Rosenbaum bemängelt, dass auf die Einwände, die bereits zur letzten Präsentation der Initiative eHealth im Ausschuss vor ca. einem halben Jahr geäußert wurden, nicht eingegangen wurde.

Ratsfrau Plinke regt erneut an, dass in zukünftigen Berichten auf eine verständliche Sprache geachtet werden solle.

Ratsherr Sommerfeld legt dar, dass die finanzielle Beteiligung nur durch die Städte Göttingen und Braunschweig erfolge und Braunschweig den Großteil an Investitionen aufbringe. Die übrigen Städte würden die Vorteile jedoch ebenfalls nutzen. Des Weiteren habe er Informationen zu anderen eHealth Initiativen u. a. des Landes Niedersachsen und Osnabrück gefunden. Wie können Doppelstrukturen vermieden werden?

Ratsherr Merfort hält das Thema eHealth nicht für ein ausschließlich regionales Thema und bittet um Erläuterung, ob es sinnvoll sei es auf einen kleinen Bereich zu beschränken.

Frau Dr. Hanke schlägt aufgrund der Abwesenheit von Herrn Florysiak vor, die Fragen schriftlich an ihn weiterzuleiten und die Beantwortung dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben (s. Anlage).

Herr Schubert teilt auf Nachfrage mit, dass das Städtische Klinikum und die Kassenärztliche Vereinigung voll und ganz hinter der Initiative eHealth stehen. Frau Dr. Hanke stellt in Aussicht, dass hierzu in einer der nächsten Sitzungen das Klinikum und die Kassenärztliche Vereinigung eingeladen werden könnten, um ihren Standpunkt ebenfalls darzulegen.

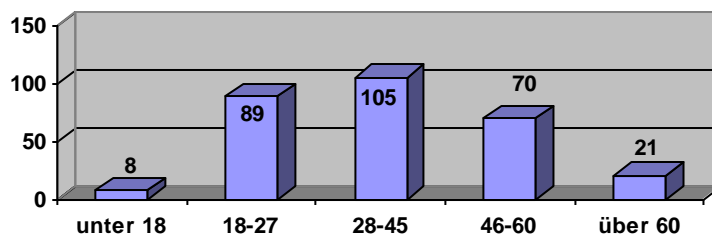
Im Übrigen wird die Mitteilung zur Kenntnis genommen.

4.2. Bericht über die Entwicklung der Unterbringung wohnungsloser Personen im Jahr 2015 und im ersten Halbjahr 2016

16-02775

Die Mitteilung wird vom Ausschuss positiv zur Kenntnis genommen. Ratsherr Rosenbaum bittet um eine weitergehende Differenzierung des Schaubildes zu Ziffer 2. Er bittet den Block der 28 - 60 Jährigen nochmals zu unterteilen in die Gruppe 28 - 45 Jährige und 45 - 60 Jährige.

Die geänderte Darstellung wird nachfolgend zum Protokoll nachgereicht:



4.3. Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe (ZSW) Ausweitung des Probewohnens

16-02897

Frau Dr. Hanke führt ergänzend zur Mitteilung aus, dass ein Konzept zur zentralen Stelle für Wohnraumhilfe einschließlich eines Konzepts zum Probewohnen zur nächsten Sitzung des Ausschusses spätestens jedoch zu den Haushaltsberatungen von der Verwaltung vorgelegt werde.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5. Braunschweig-Mobil-Ticket - Ausweitung der Nutzungszeit

16-02952

5.1. Änderungsantrag: Braunschweig-Mobil-Ticket - Ausweitung der Nutzungszeit

16-02981

Die Beschlussvorlage sowie der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE werden gemeinsam behandelt.

Herr Sommerfeld bittet unter Ziffer 3 die Zeitangabe im letzten Satz zu streichen, dies wurde versehentlich versäumt.

Die Fraktionen BIBS und Bündnis 90/DIE GRÜNEN sprechen sich für eine Änderung des Antrages der Fraktion DIE LINKE [16-02981] aus und schlagen eine Ausweitung der Nutzungszeiten auf 8:00 Uhr vor.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE DS 16-02981 wird daraufhin mit folgendem Ergebnis abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

dafür: 1; dagegen: 7; Enth.: 3

Der mündliche Änderungsantrag der Fraktionen BIBS und Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird mit folgenden Ergebnis gesondert abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

dafür: 3; dagegen: 7; Enth.: 1

Im Anschluss daran wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt und wie folgt beschlossen:

Beschluss:

- „1. Die Nutzungszeit des BS-Mobil-Tickets wird probeweise für ein Jahr ab dem 1. Januar 2017 von bisher 9.00 Uhr auf 8.30 Uhr ausgeweitet.
2. Nach dem einjährigen Probetrieb erfolgt eine Bewertung durch die Braunschweiger Verkehrs-GmbH, in der die Fahrgastentwicklung sowie die Ergebnisbelastung aufgrund dieser zeitlichen Nutzungsausweitung dargestellt wird.
3. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH die Ausweitung des zeitlichen Nutzungszeitraums probeweise für ein Jahr auf 8.30 Uhr zu beschließen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8; dagegen: 1; Enth.: 2

6. Flüchtlingsangelegenheiten

Frau Dr. Hanke berichtet, dass die Sporthallen bis auf die Sporthalle der Nibelungen-Schule freigezogen wurden und wieder für den Sportbetrieb hergerichtet werden. Hinsichtlich der Sporthalle Boeselagerstraße werde derzeit mit dem Land über die Kosten für die Wiederherstellung verhandelt. Dies könne zu Verzögerungen bei der Freigabe führen.

Sie erläutert, dass die Nibelungen Sporthalle die größte und am besten hergerichtete Halle sei und aus diesem Grunde noch nicht freigegeben werden konnte. Dies sei geplant sobald die ersten Unterkünfte, die sich jetzt im Bau befinden fertiggestellt seien.

Derzeit wurden 385 Flüchtlinge vom Land zugewiesen.

6.1. Bericht zum ehrenamtlichen Engagement für Flüchtlinge

Herr Rüscher berichtet anhand der in der Anlage 2 beigefügten Präsentation über das ehrenamtliche Engagement für Flüchtlinge.

7. Inklusion - Sachstandsbericht

Herr Rüscher berichtet auf der Grundlage der in der Anlage 3 beigefügten Präsentation über den Sachstand Inklusion.

8. Anträge

8.1. Elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge

16-02208

Frau Dr. Hanke verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung DS 16-02208-01 und verdeutlicht die Haltung der Verwaltung.

Ratsfrau Schütze regt an, den Antrag erneut zu schieben. Dem widerspricht Ratsfrau Plinke für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Der Antrag wird darauf hin abgestimmt.

Beschluss:

In Braunschweig wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt die elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge eingeführt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 4; dagegen: 4; Enth.: 3

8.2. Braunschweig Inklusiv: Einladungen barrierefrei, mit Bedarfsabfrage

16-02305

Der Ausschuss spricht sich wegen Abwesenheit der einbringenden Fraktion dafür aus, den Antrag erneut zurückzustellen.

Der Antrag wird zurückgestellt.

8.3. Regelmäßige Berichte über die Arbeit des Klinikums

16-02798

8.3.1. Änderungsantrag zur Vorlage 16-02798: Regelmäßiger Bericht über die allgemeine Gesundheitsversorgung der Braunschweigerinnen und Braunschweiger

16-02976

Der Ausschuss beschließt die Änderung des vorliegenden Antrages sowie des Änderungsantrages 16-02976 in einen interfraktionellen Antrag und beschließt den Beschlussvorschlag des Änderungsantrages 16-02976:

"Die Verwaltung wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit von dem Jahr 2017 an mindestens einmal pro Jahr ein Bericht über die Gesundheitsversorgung der Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger einschließlich der Arbeit des städtischen Klinikums erstattet wird."

Die zugrunde liegenden Sachverhalte beider Anträge werden zusammengefügt. Im Sachverhalt zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion wird im letzten Satz das Wort "Insbesondere" durch "Zum Beispiel" ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9; dagegen: 0; Enth.: 0

9. Anfragen

9.1. Umsetzung Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen des Bundes 16-02832

Die Anfrage wird mit Stellungnahme 16-02832-01 beantwortet.

9.1.1. Umsetzung Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen des Bundes 16-02832-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9.2. Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe 16-02924

Die Anfrage wird mit Stellungnahme 16-02924-01 beantwortet.

9.2.1. Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe 16-02924-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9.3. Umzug des Ärztlichen Notdienstes 16-02930

Frau Dr. Buhr-Riehm erläutert, dass die Anfrage zur Beantwortung an die kassenärztliche Vereinigung (KV) sowie das Klinikum zur Beantwortung weitergeleitet wurden.

Herr Kleinschmidt (KV) regte daraufhin an, in einer der nächsten Ausschusssitzungen zu der Anfrage Stellung zu nehmen.

Vom städtischen Klinikum wurde mitgeteilt, dass die gemachten Erfahrungen positiv seien. Durch die räumliche Nähe des ärztlichen Bereitschaftsdienstes und der Notfallbehandlung im Klinikum könne eine einfachere Zuordnung der Patienten an den zuständigen Bereich erfolgen. Dies werde auch von den Patienten als sehr positiv empfunden. Darüber hinaus kann eine bessere Versorgung erfolgen, weil Fachärzte hinzugezogen werden können.

Auch das Klinikum bietet an, dem Ausschuss im Rahmen einer Ausschusssitzung für Fragen zur Verfügung zu stehen.

9.4. Ärzteversorgung in den Stadtteilen 16-02931

Frau Dr. Buhr-Riehm weist darauf hin, dass die Stadt nur einen minimalen Einfluss auf die Bedarfsplanungen der Kassenärztlichen Vereinigung in Form von Gesprächen nehmen kann.

Sie verweist ebenfalls auf das Angebot der Kassenärztlichen Vereinigung in einer der nächsten Ausschusssitzungen hierzu persönlich Stellung nehmen zu wollen.

gez.
Schütze
Ausschussvorsitzende

gez.
Dr. Hanke
Dezernentin

gez.
Barget
Schriftführerin



Flüchtlinge in Braunschweig



Stadt Braunschweig - Fachbereich 50 Soziales und Gesundheit



Stadt Braunschweig

Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat

Konzept zur Integration von Flüchtlingen in Braunschweig

9. Februar 2016

Erstellt von 0500 Sozialreferat unter Beteiligung der Fachbereiche 40, 50, 51 und der vhs

Gliederung:

...

4.5 Bürgerschaftliches Engagement und Nachbarschaft

4.5.1 Ehrenamt und Freiwillige

4.5.2 Lotsen-/Patenmodelle

...



Aufgabe „Kordinator Ehrenamt zur Integration von Flüchtlingen“

- Grundlage: Konzept zur Integration von Flüchtlingen in Braunschweig (einstimmiger Ratsbeschluss am 15. März 2016)
- Auszug Integrationskonzept (Ziffer 4.5.1):
„Neben der hauptamtlichen Betreuung kommt dem Ehrenamt eine besondere Bedeutung zu. ... Die Stadt sieht es daher als ihre Aufgabe an, ehrenamtliches Engagement zu unterstützen. ... Netzwerke für den Austausch werden gebildet.“
- Übernahme der neuen Aufgabe Mitte März – als Stabsstelle im Fachbereich Soziales und Gesundheit, Naumburgstraße (unmittelbare Nähe zu einer städtischen Erstaufnahmeeinrichtung – bis 08/2016)



Wesentliche Aufgaben:

- Koordination der Integrationsangebote und der ehrenamtlichen Aktivitäten in den einzelnen Stadtteilen aus gesamtstädtischer Sicht und Begleitung bei der Umsetzung von Ideen und Angeboten
- Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements vor Ort, organisiert von verschiedenen Organisationen, Institutionen, Verbänden und Vereinen, im Rahmen der Möglichkeiten
- zentrale Ansprechperson und Vertreter der Stadt BS im Zuständigkeitsbereich
- Initiierung von Netzwerken vor Ort (Runde Tische)
- zentrale Ermittlung von Integrationsangeboten und von Bedarfen der Flüchtlinge vor Ort
- Erstellung eines Info-Blatts mit grundsätzlichen Themen für die ehrenamtliche Tätigkeit wie Versicherungsschutz, erweitertes Führungszeugnis etc.
- Aufbau von Organisations- und Informationsstrukturen wie Einrichtung einer Datenbank bzw. Info-Börse, Erstellung einer Internetseite, Einrichtung eines bedarfsorientierten „Newsletters“ etc.



Wesentliche Aktivitäten:

- Teilnahme an öffentlichen Informationsveranstaltungen für Bürger/innen
- Teilnahme an Netzwerksitzungen und (öffentlichen) Informationsveranstaltungen für Ehrenamtliche
- Diverse Einzelgespräche mit unterschiedlichen Organisationen, Institutionen, Verbänden und Vereinen
- Kontakt mit diversen Organisationen, Institutionen, Verbänden und Vereinen sowie ehrenamtlich tätigen Einzelpersonen
- Ermittlung von aktuellen Integrationsangeboten für die Flüchtlinge in den städtischen Erstaufnahmeeinrichtungen zur Aufnahme in eine Datenbank
- Aktualisierung der Internetseiten „Flüchtlinge in Braunschweig“
- Versand von „Info-Briefen“ intern (Einrichtungen) und extern (Netzwerke)
- Unterstützung und Beratung von „Einzelfällen“ bzw. bei grundsätzlichen Problemen im Zusammenhang mit ehrenamtlichen Engagement



Grundsätze für Netzwerkarbeit „Runder Tisch“ vor Ort :

- Einbindung möglichst aller Organisationen, Verbände, Vereine im Stadtteil
- Gemeinsame Abstimmung der Aktivitäten bzw. Integrationsangebote
- Vermeidung von Konkurrenzsituationen bzw. Parallelwelten
- Vorbereitung des ehrenamtlichen Engagements (Fürsorgepflicht: Ehrenamt)

Grundsätze für ehrenamtliches Engagement vor Ort:

- Angebote sollen/müssen bedarfsorientiert sein (Enttäuschung vermeiden)
- Auftragserteilung durch Stadt BS insbesondere für Versicherungsschutz (BS GUV, KSA) erforderlich
- Zugang zur Einrichtung ist nur eingeschränkt möglich (Grund: Privatsphäre)
- Berücksichtigung von traumatischen Erlebnissen der Flüchtlinge (Ruhe!)



Anregungen für ehrenamtliches Engagement („Ankommens-Paten“)

- Wegbegleitung zu Behörden, Ärzten, Veranstaltungen, Freizeitangeboten wie z. B. Sportvereinen, sowie bei Stadt(teil)erkundungen
- Lernbegleitung zur Sprachvermittlung im täglichen Umgang mit der deutschen Sprache einzeln oder in kleinen Gruppen
- Orientierungshilfen mit nützlichen Tipps und Informationen für das Leben in Deutschland (Essgewohnheiten, Schulsystem, Verhaltensweisen)
- Gemeinsames Kochen von nationalen Gerichten in Begegnungsstätten, Schulen, Kirchengemeinden etc.
- Kinderbetreuung zur Entlastung von Müttern z. B. bei Teilnahme an Sprachkursen oder zur Sprachvermittlung beim gemeinsamen Spielen
- Freizeitgestaltung durch gemeinsames Spielen einheimischer und nationaler Spiele in geeigneter Umgebung

Fortsetzung (2)



Anregungen für ehrenamtliches Engagement (Fortsetzung):

- Gemeinsame Handarbeit wie z. B. Näh- oder Strickkurse oder Projekte zur Herstellung von Produkten wie Einkaufstaschen etc.
- Kultur-Workshops wie z. B. gemeinsames Theaterspielen in örtlichen Gruppen oder zu Themen heimischer Musik und Kunst
- Gemeinsame Fahrradtouren zum Kennenlernen von Verkehrsregeln etc. sowie zur Erkundung der Örtlichkeiten (Stadtteile und Umgebung)
- Fahrrad-Werkstatt als Projekt, um gemeinsam Fahrräder zu reparieren für die künftige Nutzung durch Flüchtlinge
- Gemeinsames Gärtnern zur Erkundung der heimischen Flora und zum Verbrauch nach der gemeinsamen Ernte
- Gesprächsrunden für Frauen als internationaler Austausch zwischen Frauen unterschiedlicher Kultur und Religion

(Quelle: Freiwilligenagentur Braunschweig)



Infoblatt für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit

Themen:

- Versicherungsschutz für Ehrenamtliche
- Einsatz eines privaten PKWs
- Erfordernis eines erweiterten Führungszeugnisses
- Ehrenamtsbörse für bürgerschaftliches Engagement
- Abgabe von Kleider- und anderen Sachspenden
- Finanzielle Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeit
- Orientierungs- und Sprachhilfen
- Geltung des Datenschutzes für Flüchtlinge
- Themen des Verbraucherschutzes
- Kontaktdaten zur Koordinierung des Ehrenamts
- Internetseiten „Flüchtlinge in Braunschweig“



The screenshot shows a web browser window with the URL <http://www.braunschweig.de/leben/soziales/flue>. The page features a navigation menu with categories: **Leben in Braunschweig**, **Wirtschaft & Wissenschaft**, **Politik & Verwaltung**, **Kultur & Veranstaltungen**, and **Tourismus & Kongresse**. A search bar is located on the right. The main content area is titled **Flüchtlinge in Braunschweig** and includes a sub-header **Erstmalige Zuweisung von Flüchtlingen ab Januar 2016**. The article text discusses the increase in refugee arrivals in 2015 and the resulting changes in the state's refugee reception policy. A sidebar on the left lists various services and resources, including **Flüchtlinge in Braunschweig**, **Standortkonzept**, **Integrationskonzept**, **FAQ - Flüchtlinge in BS**, **Engagement / Ehrenamt**, **Netzwerke / Partner**, **Angebote / Projekte**, **Info-Börse / Spenden**, **Pflege**, **Behindertenbeirat**, **Braunschweig Inklusiv**, and **Braunschweig Pass**. A sidebar on the right lists **Werkzeuge** and **Oft gesucht** items like **Bürgerinfo**, **Übernachten**, **Veranstaltungskalender**, **Lebenslagen**, and **Informationen für ...**.



Nr.	Standort	Netzwerk	Status	Start	Bemerkung
1	Sporthalle Naumburgstraße	Heidberg AKTIV AWO + AK Heidberg	Aktiv	02/16	Kooperation mit DRK-KaufBar
2	Sporthalle Watenbüttel	Runder Tisch Watenbüttel	Aktiv	03/16	Initiative Kirchengemeinde
3	Sporthalle Donaustraße	Netzwerk BS-West (Stadtteilentwicklg.)	Aktiv	04/16	Initiative Netzwerk vor Ort
4	Sporthalle Arminiusstraße	Netzwerk Nordstadt (Ni-Wo-GmbH)	Aktiv	04/16	Initiative Netzwerk vor Ort
5	Einrichtung Saarbrückener Straße	Runder Tisch Lehdorf-Kanzlerfeld	Konstituiert	04/16	Initiative Kirchengemeinden
6	Bienrode Im Großen Moore	Runder Tisch Bienrode	Geplant	08/16	Initiative Bezirksbürgermeister
7	Gartenstadt „Elzweg“	Runder Tisch Gartenstadt	Geplant	08/16	Initiative Kirchengemeinde
8	Melverode Glogaustraße	Runder Tisch Melverode	Konstituiert	03/16	Initiative Kirchengemeinde
9	Ölper Biberweg	Runder Tisch Ölper	Konstituiert	04/16	Initiative Kirchengemeinde
10	Hondelage Ackerweg	Runder Tisch Hondelage	Geplant	09/16	Initiative Kirchengemeinde
11	Lamme Bruchstieg	Runder Tisch Lamme	Geplant	09/16	Initiative Bezirksbürgermeister
12	TU-Gelände Mendelsohnstraße		Offen		
13	Gliesmarode Hungerkamp	Runder Tisch Gliesmarode	Geplant	08/16	Initiative Kirchengemeinden
14	Volkmarode Ziegelwiese-Ost	Runder Tisch Volkmarode	Konstituiert	05/16	Initiative Bezirksbürgermeister

Stadt Braunschweig - Fachbereich 50 Soziales und Gesundheit



Kontakt:

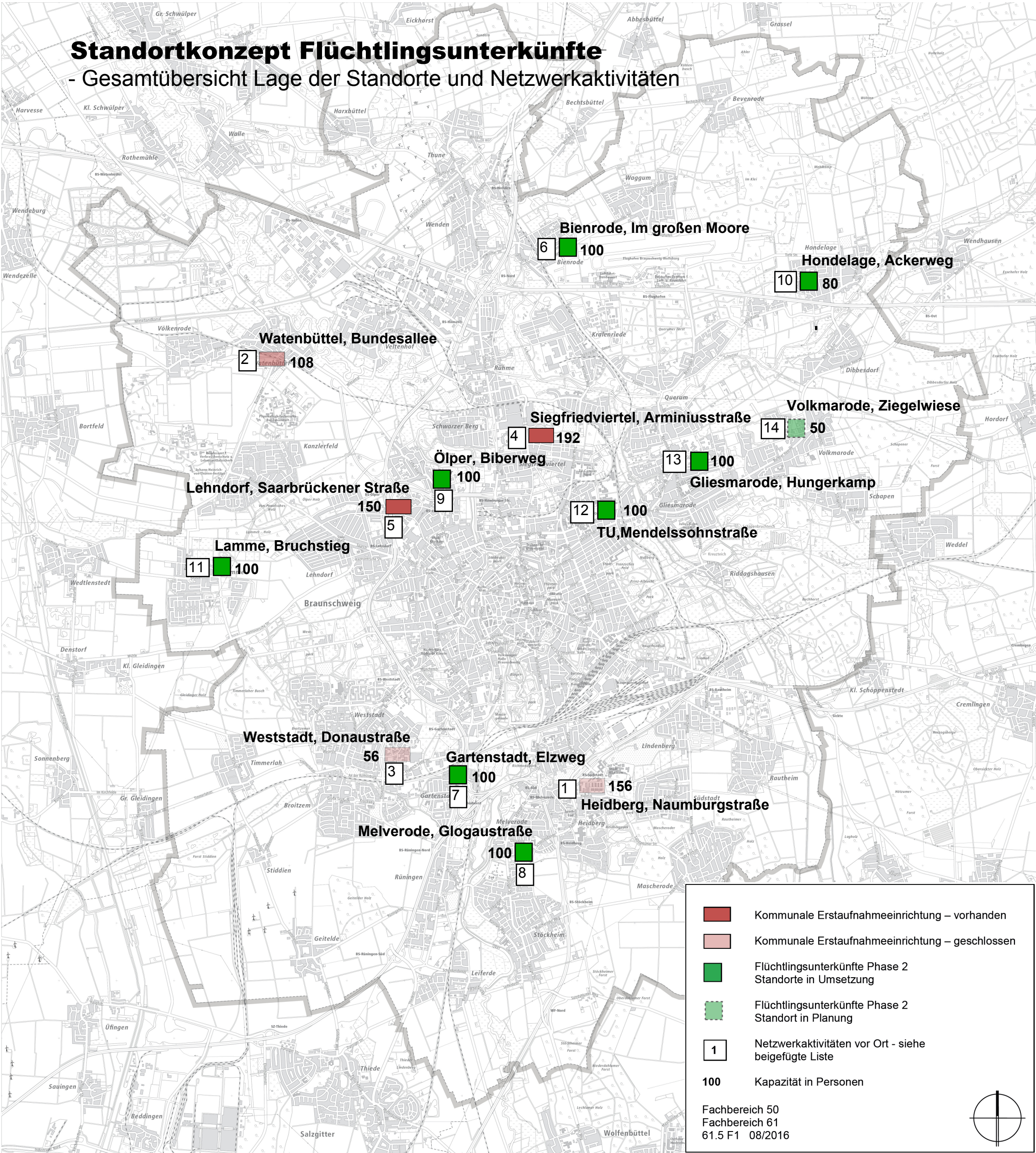
Stadt Braunschweig
Fachbereich Soziales und Gesundheit
Kordinierungsstelle „Ehrenamt zur Integration von Flüchtlingen“

Telefon: (0531) 470-5085
Telefax: (0531) 470-94-5085

Email: fluechtlinge@braunschweig.de
Internet: www.braunschweig.de/fluechtlinge

Standortkonzept Flüchtlingsunterkünfte

- Gesamtübersicht Lage der Standorte und Netzwerkaktivitäten



Bienrode, Im großen Moore
 6 ■ 100

Hondelage, Ackerweg
 10 ■ 80

Watenbüttel, Bundesallee
 2 ■ 108

Siegfriedviertel, Arminiusstraße
 4 ■ 192

Volkmarode, Ziegelwiese
 14 ■ 50

Lehndorf, Saarbrückener Straße
 150 ■ 5

Ölper, Biberweg
 9 ■ 100

13 ■ 100

Gliesmarode, Hungerkamp

12 ■ 100

TU, Mendelssohnstraße

Lamme, Bruchsteg
 11 ■ 100

Weststadt, Donaustraße
 56 ■ 3

Gartenstadt, Elzweg
 7 ■ 100

1 ■ 156
Heidberg, Naumburgstraße

Melverode, Glogaustraße
 100 ■ 8

- Kommunale Erstaufnahmeeinrichtung – vorhanden
- Kommunale Erstaufnahmeeinrichtung – geschlossen
- Flüchtlingsunterkünfte Phase 2 Standorte in Umsetzung
- Flüchtlingsunterkünfte Phase 2 Standort in Planung
- 1 Netzwerkaktivitäten vor Ort - siehe beigefügte Liste
- 100** Kapazität in Personen





„Braunschweig Inklusiv“

Leitlinie zur gleichberechtigten Teilhabe



Ratsbeschluss am 2. Juni 2015

Stadt Braunschweig - Fachbereich 50 Soziales und Gesundheit



Entwicklung einer lokalen Aktionsplanung (LAP)

Bisherige Aktivitäten:

- 26.03.2009 – Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK)
- 06.09.2013 – Einrichtung einer Projektgruppe zur Auftaktveranstaltung
- 02.12.2013 – Auftaktveranstaltung zu „Braunschweig Inklusiv“
- 07.07.2014 – Gründung der AG „Braunschweig Inklusiv“
- 07.07.2014 – Workshop 1)
- 29.09.2014 – Workshop 2) zur Entwicklung eines Leitlinienentwurfs
- 27.10.2014 – Workshop 3)
- 22.02.2015 – Abschluss des ab Januar 2015 geöffneten Bürgerforums
- 10.03.2015 – Bewertung der Ergebnisse Bürgerforum (AG „BS Inklusiv“)
- 02.06.2015 – Ratsbeschluss „Leitlinie zur gleichberechtigten Teilhabe“

Stadt Braunschweig - Fachbereich 50 Soziales und Gesundheit



Entwicklung einer lokalen Aktionsplanung (LAP)

Aktuelle bzw. geplante Aktivitäten:

- 15.03.2016 – Ratsbeschluss zum Stellenplan (Kordinierungsstelle)
- 18.04.2016 – Festlegung weitere Vorgehensweise (AG „BS Inklusiv“)
- 27.06.2016 – Aktualisierung Internetseite „BS Inklusiv“

- 08-2016 – Planungsgruppe (Entwurf LAP, Geschäftsordnung)
- 10-2016 – AG Inklusiv (Ergebnisse, Vorbereitung Lenkungsgruppe)
- 12-2016 – Lenkungsgruppe (Ergebnisse, Beteiligung Akteursliste)
- ??? – Teilhabe-Konferenz (Abfassung & Umsetzung LAP)

(siehe „Planungsstrukturen der Lokalen Teilhabeplanung“)



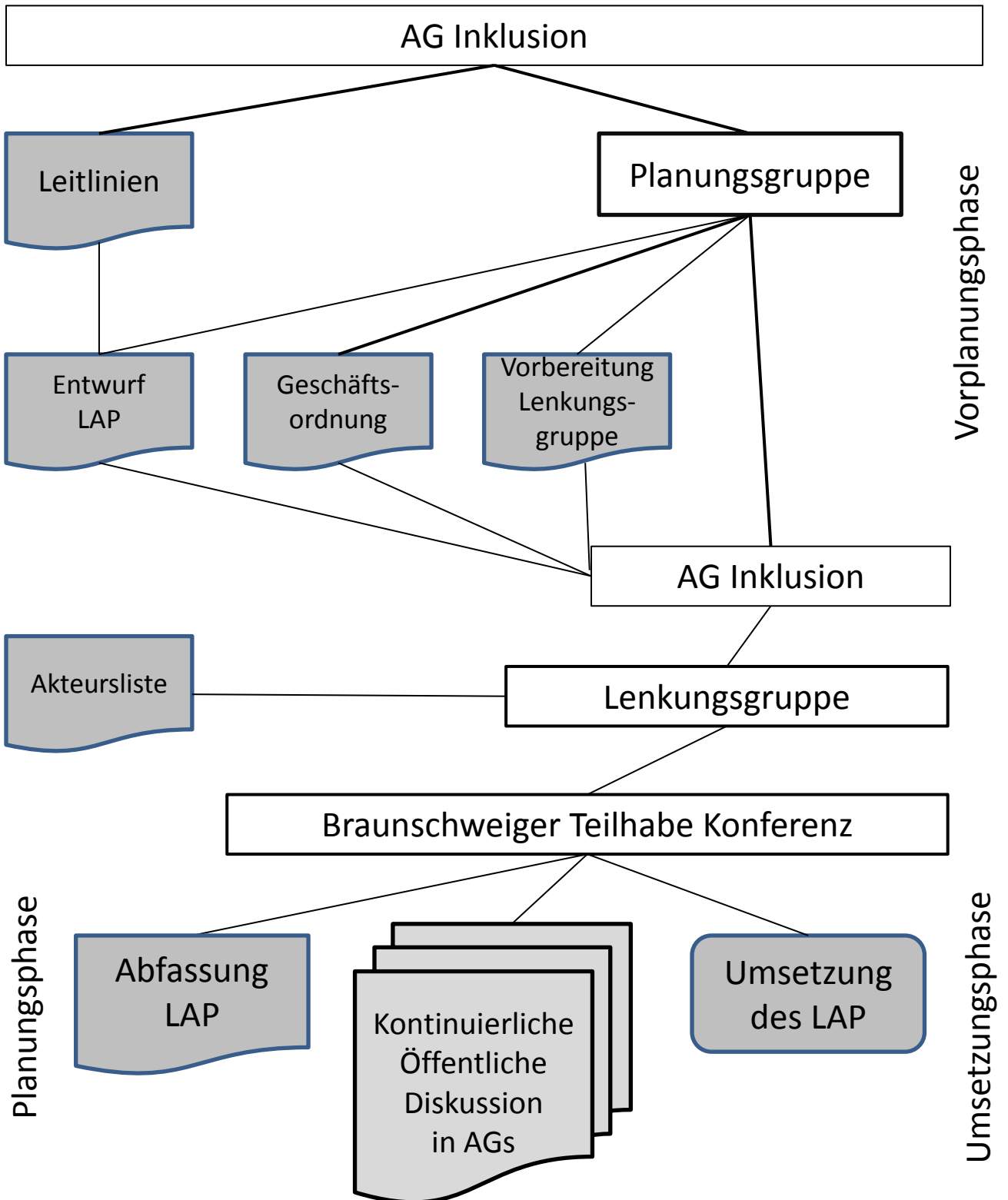
Entwicklung einer lokalen Aktionsplanung (LAP)

Ziele des LAP in folgenden Lebensbereichen:

- Verkehr / Mobilität
- Wohnen
- Freizeit, Kultur, Sport und Gesundheit
- Arbeit
- Erziehung und Bildung
- Öffentliches und Politisches Leben

(siehe „Leitlinie zur gleichberechtigten Teilhabe“ vom 2. Juni 2015)

Bild 2: Planungsstrukturen
(neu) der Lokalen Teilhabeplanung Braunschweig



Digitalisierung im Gesundheitswesen.

Im Mittelpunkt: Der Mensch.

Gefördert durch:



eHealth in der Metropolregion: Status Quo

ÄRZTE ZEITUNG APP vom 23.08.2016

ÄrzteZeitung 

Autor: Von Julia Frisch
Seite: 8
Ressort: Wirtschaft

Gattung: App
Jahrgang: 2016
Nummer: 162D

Digitale Visite im Heim bringt Ärzten und Pflegern Vorteile

Tagesspiegel Online vom 16.08.2016

DER TAGESSPIEGEL


Autor: Axel Ekkernkamp
Rubrik: Wissen
Weblink: <http://www.tagesspiegel.de/wissen/digitale-revolution-big-data-eine-grosse-chance-fuer-die-medizin/14014876.html>
Gattung: Online-Quelle

Digitale Revolution

Big Data - eine große Chance für die Medizin

Bessere Therapien für besser informierte Patienten: Warum das elektronische Zeitalter ein Grund zum Optimismus in der Heilkunde ist.

eHealth in der Metropolregion: Status Quo



Hessische Allgemeine Kassel Mitte vom 17.08.2016

Hessische Allgemeine

Seite:	17	Gattung:	Tageszeitung
Ressort:	Politik	Auflage:	14.701 (gedruckt) 13.508 (verkauft) 13.764 (verbreitet)
Rubrik:	MANTEL	Reichweite:	0,05 (in Mio.)
Ausgabe:	Hauptausgabe		

Neue Wege für ländlichen Raum

Baden-Württemberg startet Modellversuch zur Telemedizin - Patienten nicht abgeneigt

APOTHEKE ADHOC vom 15.08.2016



Autor:	dpa	Gattung:	Online-Quelle
Seite:	12	Jahrgang:	2016
Ressort:	Panorama		
Weblink:	http://www.apotheker-adhoc.de/nachrichten/panorama/nachricht-detail-panorama/e-health-telemedizin-rettung-auf-hoher-see/		

E-Health

Telemedizin als Rettung auf hoher See

Mit Hilfe der Telemedizin können Ärzte vom Land aus Menschen auf der Nordsee das Leben retten. Die Technik könnte auch medizinische Versorgungslücken in ländlichen Regionen schließen. Doch bis dahin sind noch viele Hindernisse zu überwinden.

Gefördert durch:



eHealth in der Metropolregion: Status Quo



Ostthüringer Zeitung vom 20.07.2016

OSTTHÜRINGER Zeitung OTZ

Autor: Hanno Müller
Seite: 10
Ressort: Thüringen
Rubrik: Eisenberg

Ausgabe: Ostthüringer Zeitung für Eisenberg und Umgebung
Gattung: Tageszeitung
Auflage: 79.418 (gedruckt) 72.792 (verkauft)
75.691 (verbreitet)
Reichweite: 0,18 (in Mio.)

Elektronische Patientenakte soll Bürokratie reduzieren

ÄRZTE ZEITUNG vom 11.07.2016

ÄRZTE & ZEITUNG

Autor: Von Ilse Schlingensiepen
Seite: 16
Ressort: Wirtschaft
Gattung: Tageszeitung

Jahrgang: 2016
Nummer: 131
Auflage: 48.227 (gedruckt) 5.119 (verkauft) 48.010 (verbreitet)

E-Health: Fehlt es der Digitalisierung an Schwung?

Gefördert durch:



Das sagen andere...



„E-Health besitzt auch in Niedersachsen erhebliche Potenziale. Diese konzentrieren sich v.a. im Bereich der Mehrwertdienstleistungen. Voraussetzung für die Entfaltung dieser Potenziale ist jedoch zunächst der Auf- und Ausbau einer entsprechenden Infrastruktur.“

[...] Diese Aktivitäten (Anm.: Netzwerke und Projekte) können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland und auch das Land Niedersachsen im internationalen Vergleich [...] deutlich zurückliegen.“

Cima 2016, Potenzialanalyse zum Jobmotor soziale Gesundheitswirtschaft in Niedersachsen

Gefördert durch:



Das sagen andere...

Die [...] wichtigste Aspekte sind:

- 1. Die Gesundheitsdaten übernehmen die Lead-Funktion.**
- 2. Spezialisten arbeiten in übergreifenden Teams.**
- 3. Die Grenzen zwischen Krankheit und Gesundheit verschwimmen.**
- 4. Das Veränderungstempo steigt.**

Die datengetriebene unternehmensübergreifende Zusammenarbeit wird der neue Standard. Die Menge und Komplexität des medizinischen Wissens wächst. Patienten (haben) Zugang zu mehr Informationen und Analysen, aber [...] nicht mehr Wissen oder Verständnis, so dass die gemeinsame Deutung von Daten und Risiken zur zentralen Herausforderung für die klassischen Heilberufe wird.

Ärzte werden hierfür in flexiblen Behandlungsteams zusammenarbeiten, die letztlich für jeden Patienten und seine individuelle Situation zusammengestellt und orts- und unternehmensunabhängig funktionsfähig sein müssen. Der persönliche Arzt wird in diesem Zuge zu einem Projektmanager des Behandlungsteams; Die Abrechnungsmodi werden dies abbilden können müssen. Diese Entwicklung ermöglicht es Ärzten auch außerhalb großer Kliniken, sich auf spezifische Teilbereiche zu spezialisieren und dieses Wissen in Anamnese- und Therapieprozesse einzubringen.

Individuelle Datenerhebung und deren Korrelation erlaubt die Identifizierung sehr kleiner Patientengruppen und deren Adressierung durch spezialisierte Anbieter. Dies verändert die Rahmenbedingungen für Pharmaunternehmen, Labore und Technologieanbieter. Ist ein Mensch mit einem bestimmten genetischen Risiko für Krebs gesund oder krank? Wo liegen die Grenzen zwischen Heilung und Körperoptimierung?

Ambacher, N., Carl, M., Knapp, D. (2015): Personalisierte Medizin der Zukunft. Trendstudie des 2b AHEAD ThinkTanks. Leipzig
<http://www.2bahead.com/studien/trendstudie/detail/trendstudie-personalisierte-medizin> Veröffentlicht am: 29. Mai 2015

Gefördert durch:

Das sagen andere...

*Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien kann einen entscheidenden Beitrag zur **Steigerung von Qualität, Effizienz und Innovationsfähigkeit** im Gesundheitssektor und für eine integrierte Gesundheitsversorgung leisten.*

Wesentliche Maßnahmen und Maßnahmenvorschläge

- *Initiierung mindestens eines **übergreifenden, wirtschaftsnahen eHealth-Leitprojektes** zur Vernetzung von Akteuren im Gesundheitswesen. Durch die beispielhafte Anwendung intelligenter Informations- und Kommunikationstechnologien unter Berücksichtigung von gesicherter Kommunikation und einheitlicher IT-Standards wird aufgezeigt, welchen entscheidenden Beitrag eHealth zur Sicherung der Qualität, zur Verbesserung der Prozesse im Gesundheitswesen und zur Sicherung der Versorgungsstruktur leisten kann.*
- *Prüfung der Möglichkeit, ein **Landesleitprojekt im Bereich AAL** unter Nutzung vorhandener überregionaler Strukturen (u. a. Gesundheitsregionen, Senioren- und Pflegestützpunkte Niedersachsen - SPN, eHealth-Beirat, IZ, LINGA, Niedersachsenbüro Neues Wohnen im Alter) zu initiieren.*

Eckpunkt Masterplan Soziale Gesundheitswirtschaft Niedersachsen, 30.10.2015

Gefördert durch:

eHealth in der Metropolregion: Status Quo



ÄRZTE ZEITUNG ONLINE vom 07.07.2016

ÄRZTE & ZEITUNG.DE

Seite: Online 07.07.2016, 12:42 Uhr

Gattung: Online-Quelle

Weblink: http://www.aerztezeitung.de/praxis_wirtschaft/e-health/article/915258/digitalisierung-niedersachsen-startet-ehealthmetropolregion.html

Niedersachsen startet eHealth.Metropolregion

Gefördert durch:



Die Herausforderungen und Rahmenbedingungen

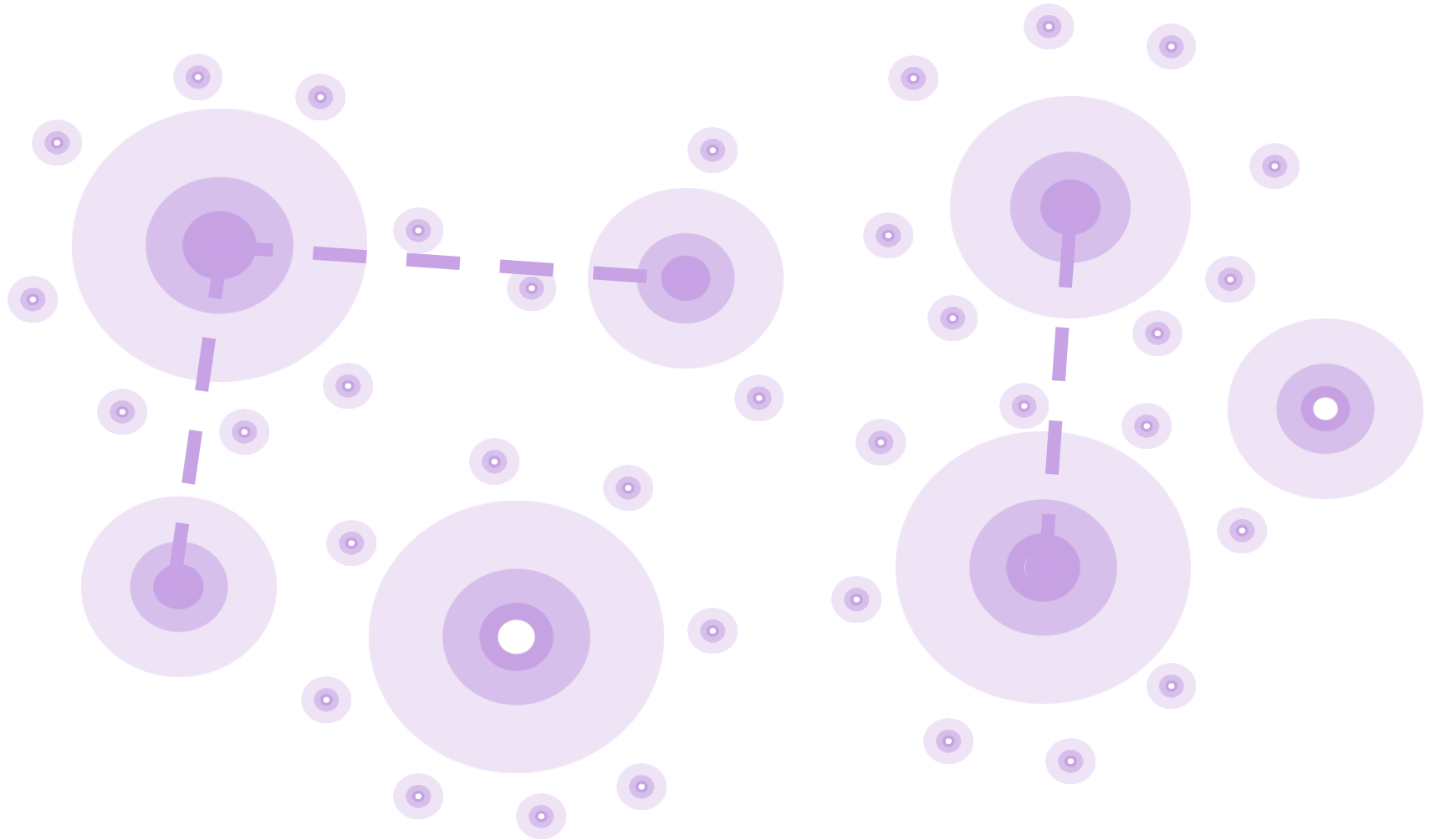


- Steigender medizinischer Fortschritt ermöglicht längeres Leben
- Längeres Leben begünstigt komplexe Mehrfacherkrankungen
 - interdisziplinäre Therapien
- Rasanter Wissenszuwachs kommt kaum in der Therapie an
- Ländliche Räume unterversorgt
- Patienten erhalten permanent Informationen (Dr. Google)

Gefördert durch:



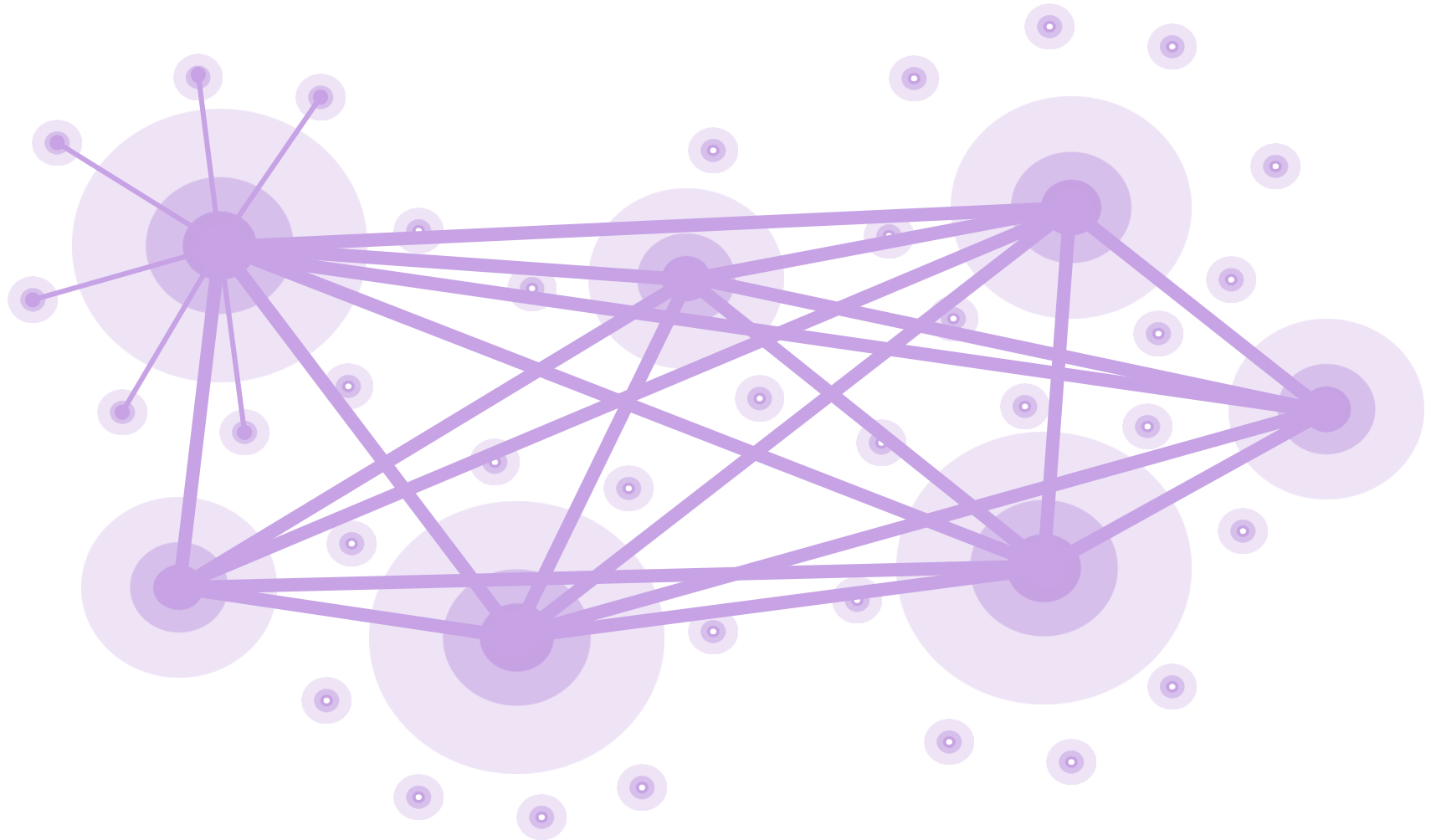
Aktuelle Situation



Gefördert durch:



Das Ziel: Sichere, intersektorale Vernetzung



Gefördert durch:



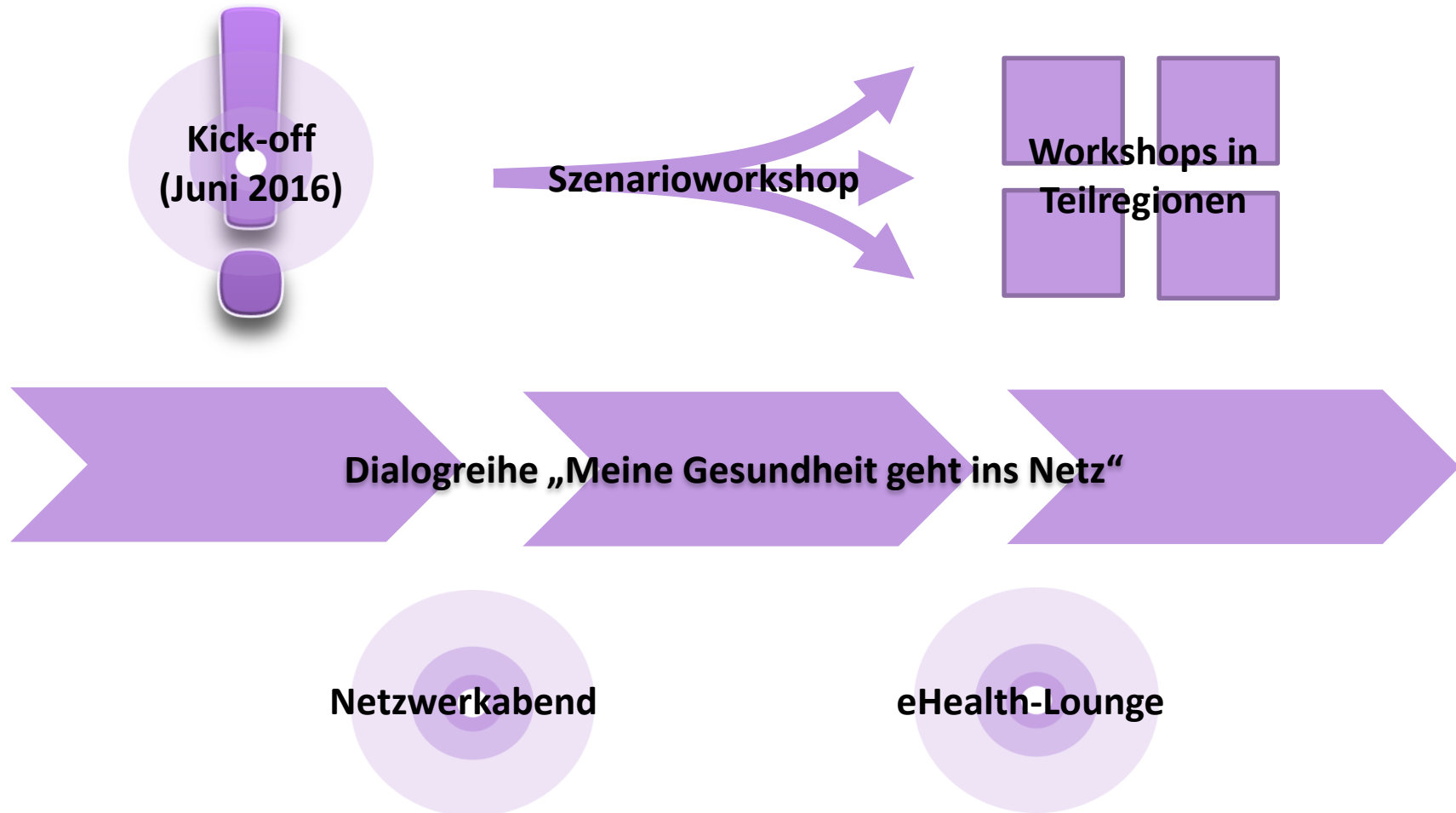
Anwendungsbeispiel: Eine einheitliche Patientenakte



Gefördert durch:



Veranstaltungen 2016 (Planung)



Gefördert durch:

Veranstaltungen 2016



**HAUS DER WISSENSCHAFT
BRAUNSCHWEIG**

MEINE GESUNDHEIT GEHT INS NETZ

Eine Veranstaltungsreihe zum Thema:
Digitalisierung des Gesundheitswesens

Das Haus der Wissenschaft wird unterstützt von:
ÖFFENTLICHE

Gefördert durch:

eHealth.
Metropolregion

metropolregion.de

Digitalisierung des Gesundheitswesens

»Bin ich schon drin?« Vielen von Ihnen wird dieser Satz aus den Anfangsjahren des Internets noch ein Begriff sein. Mittlerweile ist unser alltägliches Leben in vielen Bereichen ganz selbstverständlich geprägt durch die Nutzung von Onlinediensten, Social Media, Apps und Co. Unser Gesundheitswesen hinkt im Vergleich dazu um viele Jahre hinterher: Formulare, Papierakten und lokal gespeicherte Daten verursachen einen enormen Verwaltungsaufwand und erschweren die Kommunikation zwischen den Betroffenen und allen an der Versorgung und Betreuung Beteiligten. Die Initiative »eHealth« will Abhilfe schaffen. Neben der Arbeit an technischen Lösungen und offenen Standards werden auch Chancen und Herausforderungen auf sozialer Ebene in den Blick genommen. Aber was bedeutet es eigentlich für jeden Einzelnen von uns, mit gesundheitsbezogenen Daten »drin« zu sein? Wir untersuchen das für Sie! Kommen Sie vorbei und reden Sie mit!

Termine

Haus der Wissenschaft, Raum Veolia Pockelsstraße 11
Eintritt frei

Donnerstag, 6. Oktober, 19 Uhr
MEINE GESUNDHEIT GEHT INS NETZ
Wie können uns Digitalisierung und Vernetzung im Gesundheitswesen nutzen? Eine Einführung in das Thema »eHealth«.

DR. MI. SWELEBING Simons Gerdts
DR. ANDREAS GÜPFERT Klinikum Braunschweig
DR. GABRIELA REIMANN Dienstleistungsanbieter
KB FLENTJOUR Metropolregion

Mittwoch, 2. November, 19 Uhr
MEIN ARZT, MEINE DATEN UND ICH
Hat mein Arzt dann mehr Zeit für mich? Wie sich Diagnose, Behandlung und Patientenversorgung verändern können.

DR. THORSTEN H. EIBSCHEIDT Kassenzentrale Vereinigung
PROF. DR. ANDRÉAS HÄBLER Peter J. Neupertz Institut für Medizinische Informatik
MI.iss
MI.iss

Mittwoch, 30. November, 19 Uhr
IN WEITER FERNE SO NAH
Der neue Ländarzt? Wie die Telemedizin Distanzen verkürzt und das Arzt-Patient-Verhältnis wandeln kann.

MI.iss
MI.iss
MI.iss
MI.iss



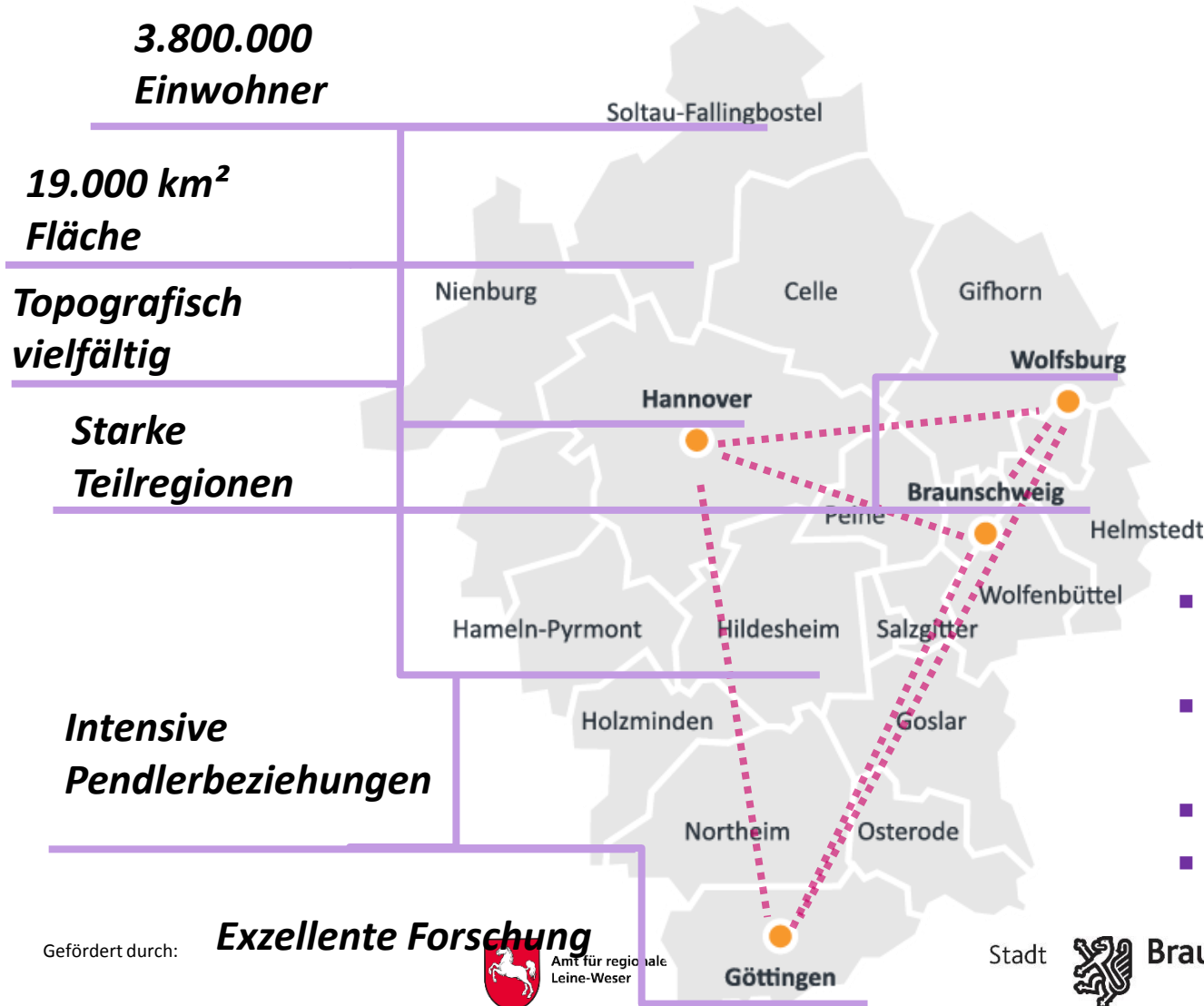
Gefördert durch:

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit.**

Gefördert durch:

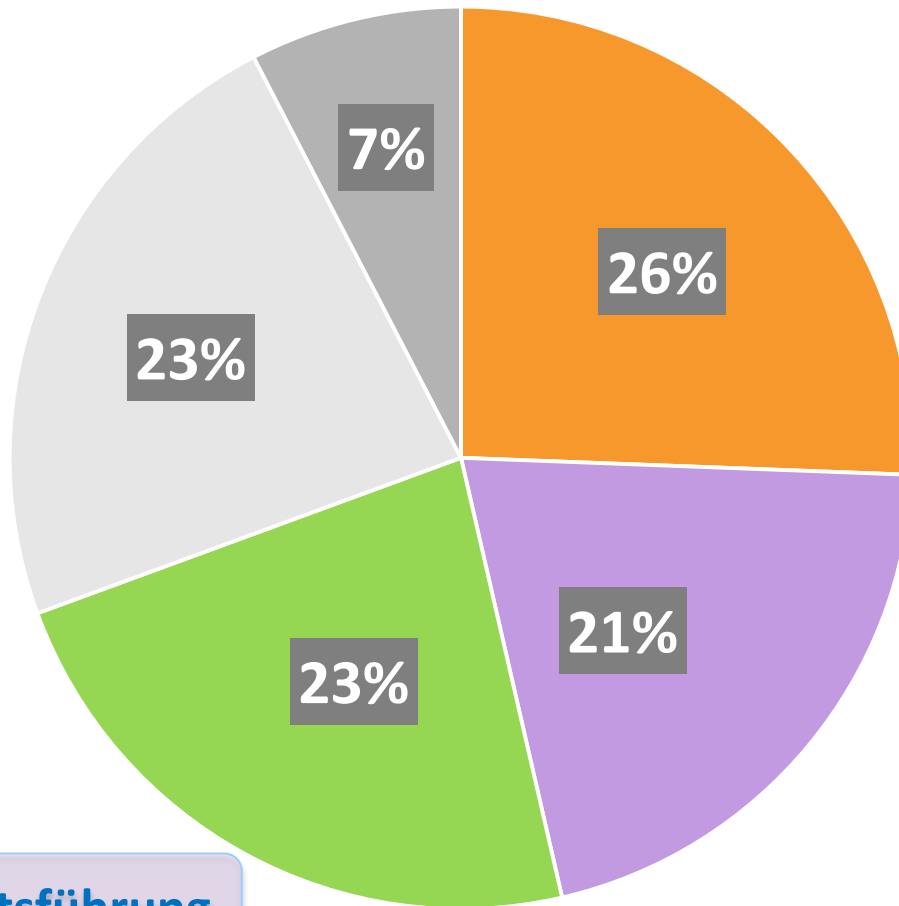


Unser Gebiet: Die Metropolregion



- **94 Kliniken**
(zwei Hochschulkliniken)
- **32 Häuser der Grund- und Regelversorgung**
- **28 Spezialkrankenhäuser**
- **>7000 niedergelassene Ärzte**

Unser Fundament



Parlamentarischer Beirat

- Kommunen
- Namensgebende Städte
- Wirtschaft
- Wissenschaft
- Land Niedersachsen

Geschäftsführung

Gefördert durch:



Amt für regionale Landesentwicklung
Leine-Weser

Stadt



Braunschweig

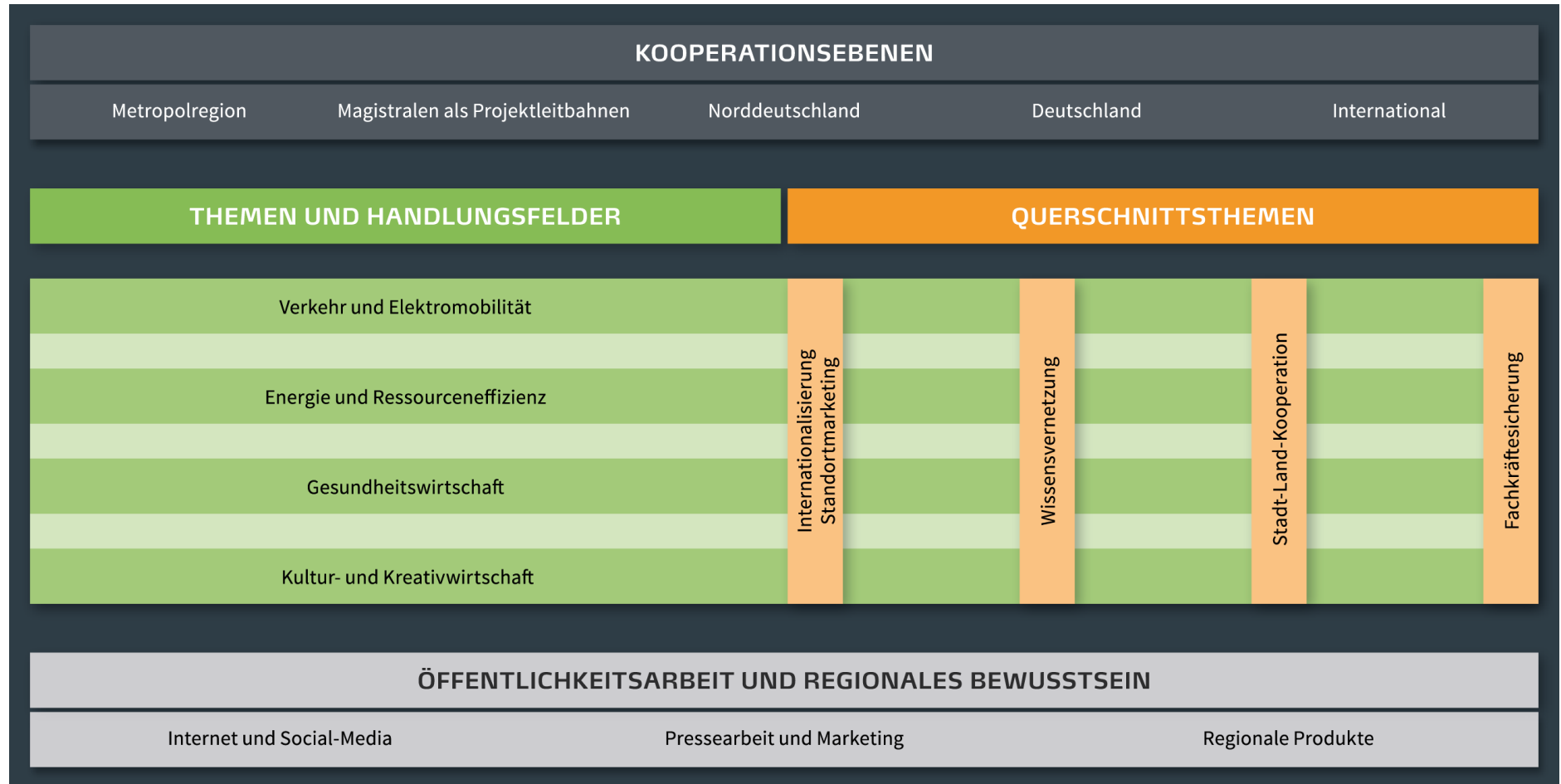


(1) Gegenstand der Gesellschaft ist die **Förderung der Entwicklung der Teilräume Hannover, Braunschweig, Göttingen und Wolfsburg zu einer Metropolregion von europäischer Bedeutung**. Die Etablierung dieser Metropolregion soll einen Beitrag leisten, um die **wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit** im nationalen und internationalen Kontext langfristig zu sichern.

(2) Die Aktivitäten der Gesellschaft sollen eine **Aufwertung** sowohl für die **Metropolregion als Ganzes**, als auch für die **einzelnen Teilräume** erzeugen und die **Herausbildung einer gemeinsamen regionalen Identität** stützen.

(3) Die Arbeit der Gesellschaft soll die **Einbindung des Gebietes** der Metropolregion **in nationale und europäische Entwicklungsstrategien** erleichtern.

Handlungsfelder und Querschnittsthemen



Gefördert durch:



Das Handlungsfeld Gesundheitswirtschaft Themen 2016-2019



- # Technologietransfer
- # Wissensvernetzung
- # Innovationsnetzwerke
- # Standortmarketing
- # Entrepreneurship
- # Internationalisierung



- # Verbesserung der Gesundheitsversorgung
- # Stärkung des ländlichen Raums
- # Senkung der Kosten
- # Stärkung des Patienten
- # Standortmarketing
- # Entrepreneurship
- # Internationalisierung
- # Fachkräftesicherung

Gefördert durch:

Sachstand der Initiative eHealth.Metroregion

Beantwortung von Herrn Florysiak zu den mündlichen Nachfragen in der Sitzung

Ratsherr Sommerfeld legt dar, dass die finanzielle Beteiligung nur durch die Städte Göttingen und Braunschweig erfolge und Braunschweig den Großteil an Investitionen aufbringe. Die übrigen Städte würden die Vorteile jedoch ebenfalls nutzen. Des Weiteren habe er Informationen zu anderen eHealth Initiativen u. a. des Landes Niedersachsen und Osnabrück gefunden.

Wie können Doppelstrukturen vermieden werden?

Bei eHealth.Metroregion handelt es sich um ein wie folgt finanziertes Förderprojekt der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg:

Land Niedersachsen:	180.000 EUR
Stadt Braunschweig:	100.000 EUR
Stadt Göttingen:	60.000 EUR
Metropolregion GmbH:	30.000 EUR

Investitionen finden in diesem Projekt nicht statt. Die Finanzierung deckt in erster Linie Personalkosten (Einrichtung einer befristeten Projektstelle), Kosten für Konzeptentwicklung, öffentliche Veranstaltungen und Workshops mit Fachleuten sowie Kommunikation, um das Thema Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung in der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Ziel des Projekts ist der Aufbau eines Netzwerks verschiedener Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesundheitsversorgung, um letztere über konkrete Versorgungsprojekte zu verbessern. Eine metropolregionale Vernetzung wird dabei angestrebt, die internationale ist das Ziel, um von den Erfahrungen der Länder zu profitieren, die bereits erfolgreiche Schritte unternommen haben. Die Städte Braunschweig und Göttingen profitieren dabei in besonderem Maße, da dort ein Großteil der metropolregionalen Veranstaltungen stattfindet, z.B. die erfolgreiche Auftaktveranstaltung im Juni 2016 oder die öffentlichen Dialogveranstaltungen im Haus der Wissenschaft. In Göttingen sind große Netzwerkveranstaltungen geplant. Auch das Klinikum Braunschweig und die Universitätsmedizin Göttingen sind in besonderer Weise in die Aktivitäten eingebunden.

Bei eHealth.Niedersachsen handelt es sich um eine landesweite Initiative des Innovationszentrums Niedersachsen, einer Tochtergesellschaft des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Die Initiative hat den Beirat eHealth.Niedersachsen, dem auch der Geschäftsführer der Metropolregion, Kai Florysiak, angehört. Unterhalb der landesweiten Initiative gibt es regionale Verbünde bzw. Vorhaben, die sich um die konkreten Projekte auf Basis der regionalen Strukturen und Stärken kümmern. Eines davon ist eHealth.Metroregion. Beide Ebenen arbeiten eng zusammen. Für die Landesebene ist eHealth.Metroregion als neutrale Bündelungsinstanz der zentrale Ansprechpartner in unserer Region.

Ratsherr Merfort hält das Thema eHealth nicht für ein ausschließlich regionales Thema und bittet um Erläuterung, ob es sinnvoll sei es auf einen kleinen Bereich zu beschränken.

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen unter dem Stichwort eHealth ist ein weltweites Thema, um die Gesundheitsversorgung sicher zu stellen und zu verbessern. Auf Bundesebene wird seit vielen Jahren z.B. mittels der Gematik an diesem Thema gearbeitet. Bisher ist der Erfolg nicht direkt erkennbar. Das eHealth-Gesetz setzt einen rechtlichen Rahmen. Da die Gesundheitsversorgung allerdings in den meisten Fällen lokal bzw. regional entscheidend ist, braucht es regionale Akteure, die die Vernetzung vorantreiben. Die Metropolregion umfasst ein Gebiet von 19.000 qkm mit 3,8 Mio. Einwohnern, Großstädten und ländlichen Räumen und bildet die Größe eines mittleren Bundeslandes ab. Bereits auf dieser Ebene ist

die Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Akteuren sehr komplex. Sollte es gelingen, die vorgeschlagene standardisierte und offene Vernetzungsinfrastruktur zwischen metropolregionalen Großkliniken aus Hannover, Braunschweig, Göttingen, Wolfsburg und Celle sowie den übrigen Sektoren des Gesundheitswesens umsetzen zu können, soll diese selbstverständlich über die Grenzen der Metropolregion hinauswachsen. Bisher sind in Deutschland lediglich Vernetzungen zwischen ein bis zwei Kliniken und einigen niedergelassenen Ärzten zu finden. Die Umsetzung in so einer Größenordnung wäre somit ein echter Erfolg. Entscheidend ist dabei die Finanzierung, die aktuell in der Diskussion ist. Seit einigen Jahren wird im gesamten Bundesgebiet in den Teilregionen an einzelnen Fragestellungen gearbeitet, wobei seit einem Jahr die Dynamik stark zugenommen hat. Für die Sicherung der Gesundheitsversorgung bei uns, im Sinne eines Technologietransfers von unserer starken Wissenschaft in die lokale und regionale Wirtschaft sowie die Möglichkeit, eigene Standards – zum Beispiel beim Thema Datenschutz – zu setzen, wird das Thema eHealth mit zunehmender Sichtbarkeit und großer Unterstützung aller Gesellschafter der Metropolregion GmbH entwickelt.